



Schluss mit Entlassungen, Sozialabbau und rechter Hetze!

Die Schweizer Konzerne offerieren eine Runde – für ihre Aktionär*innen: Die 20 grössten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz zahlten 2015 – notabene im Jahr der Frankenstärke – Dividenden in der Höhe von 40 Milliarden Schweizer Franken aus! Hätte man diese 40 Milliarden auf die in der Schweiz wohnhafte Bevölkerung verteilt, hätte jede Person einen Zustupf von 4800 Schweizer Franken erhalten...
Aufgrund der Unternehmenssteuerreform II

von 2008 ist es den Konzernen zudem möglich, den Aktionär*innen die Dividenden steuerbefreit – in Form von Kapitalrückzahlungen – auszurichten. Nicht nur grosse Unternehmen wie ABB, Glencore, Roche, UBS oder Zurich haben von dieser Regelung in den letzten Jahren milliardenschweren Gebrauch gemacht.

Die stetig steigenden Dividendenausschüttungen sind nicht zuletzt eine Folge der 2007/08 ausgebrochenen Überproduktions-

krise des globalen Kapitalismus, welche profitträchtige Investitionen verunmöglicht und die Konzerne dazu drängt, ihr Kapital entweder an den Finanzmärkten oder im Immobiliensektor zu investieren oder eben an ihre Kapitaleigner*innen auszuzahlen.

Das parasitäre Verhalten der globalen Konzerne wurde der Welt durch die Enthüllungen der «Panama Papers» einmal mehr deutlich vor Augen geführt. Obwohl es eigentlich niemanden überraschen sollte, verdeutlichen

Fortsetzung auf Seite 4

Kämpfe verbinden – Rojava und Bakur

Der Kampf der kurdischen Bevölkerung gegen Fremdbestimmung und Unterdrückung verlangt unsere Solidarität!

Seite 2

Gesundheitswesen

Wie die Privatisierung und Ökonomisierung die Arbeitsbedingungen und die Grundversorgung verschlechtert.

Seite 6

Ende Gelände

Ein Beitrag zum Thema Klimawandel, eine Bestandsaufnahme der Klimabewegungen und ein Aufruf, sich an der Aktion "Ende Gelände" zu beteiligen.

Seite 9

BFS

Warum wir heute noch von Sozialismus sprechen.

Seite 11

Agenda

Internationales Sommercamp in Katalonien / Ende-Gelände / Veranstaltung zu den Privatisierungen im Gesundheitswesen / Das Andere Genf

Rückseite

Editorial

Der Tagesanzeiger berichtete am 23. April von zwei Polinnen, die in einem Schweizer Pflegeheim für 2'500 CHF Netto angestellt wurden und dabei während einem Monat ohne Unterbruch täglich Schichten von 12 Stunden leisten mussten. Selbst wenn ein Fall solchen Ausmasses eine Ausnahme darstellt, Lohndumping und miese Arbeitsbedingungen sind im Schweizer Pflegebereich wie auch in anderen Branchen keine Seltenheit. Denn die Löhne und Arbeitsbedingungen des Sektors werden durch keinen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag geregelt.

Auch die für einzelne Bereiche geltenden Gesamtarbeitsverträge (GAV) schützen keineswegs vor tiefen Löhnen. Im Kanton Zürich wurden Ende März Vorschläge für einen Mindestlohn im Detailhandel sowie in der Maschinenindustrie publik. Mit einem Mindestlohn von 3415 CHF im Detailhandel respektive von 3850 CHF im Maschinenbau sollte angeblich das Lohndumping einge-

dämmt werden. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber dabei schlichtweg um staatlich festgelegte Dumpinglöhne.

Mit Lohnsenkungen und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen versuchen die Schweizer Kapitalist*innen auf die kriselnde Wirtschaft und die „Frankenstärke“ zu reagieren. Dabei werden Schweizer Angestellte systematisch gegen ausländische Lohnabhängige ausgespielt, sei es durch eine permanente Hetzkampagne gegen Ausländer*innen oder durch die Anstellung von „billigen Arbeitskräften“ aus anderen Ländern. Wie der Hauptartikel dieser Ausgabe erläutert, muss der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen daher mit Widerstand gegen Diskriminierung und Rassismus verbunden werden. Um der Spaltung der Lohnabhängigen ein Ende zu setzen, müssen wir gleiche Rechte für alle fordern.

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt die Platzbesetzung in Paris, die als Widerstand gegen eine massive Verschlechterung des Ar-

beitsrechts durchgeführt wird. Was sich schon lange abzeichnete, hat sich somit erneut bewahrheitet: die Regierung der Sozialistischen Partei führt in Kollaboration mit den Kapitalist*innen neoliberale Gegenreformen durch, vor denen sogar die Rechte zurückschreckte. Wie die Aktivist*innen in Frankreich sind auch wir der Meinung, dass nur eine breit abgestützte Bewegung von unten in der Lage ist, das Blatt zu wenden und dem Sozialabbau, den Entlassungen und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine emanzipatorische Perspektive entgegenzusetzen. Eine derartige Perspektive muss sich auch mit den Kämpfen, die weltweit gegen Unterdrückung und Ausbeutung stattfinden, solidarisch erklären. Aus diesem Grund beteiligt sich die BFS aktiv an der Solidaritätsbewegung für die syrische Bevölkerung und die kurdische Widerstandsbewegung in Rojava und der Türkei.

Naher Osten

Kämpfe verbinden – Rojava und Bakur

Auf der einen Seite führt die Türkei erneut zahlreiche militärische Offensiven gegen die kurdischen Gebiete, unter anderem in den Städten Cizre, Silopi und Diyarbakır durch. Auf der anderen Seite gelang es den kurdischen Freiheitskämpfer*innen im Norden Syriens ein autonom verwaltetes Gebiet – Rojava – zu sichern und sich gegen die Angriffe verschiedener islamistischer Milizen sowie Daesh (Islamischer Staat) zu verteidigen.



Ende Januar 2016 fanden in Genf unter der Schirmherrschaft der UNO Friedensverhandlungen statt, die Lösungen für den Bürgerkrieg in Syrien bieten sollten. Auf Druck der Türkei wurde jedoch eine Vertretung der autonomen kurdischen Gebiete im Norden Syriens – in Form der Partei der Demokratischen Union (PYD) bzw. der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ – nicht zu den Verhandlungen eingeladen. Dieser Ausschluss verweist auf die enge Verflechtung der grossflächigen Militäroffensiven gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und den Kämpfen kurdischer Gruppen für einen selbstverwalteten Lebensraum in Syrien. Ferner entlarven diese jüngsten vermeintlichen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Lösung des Syrischen Bürgerkriegs, wie sehr dieser Konflikt Formen eines Stellvertreterkriegs angenommen und unter anderem als ein solcher begonnen hat. Während die Kämpfer*innen der YPG/YPJ in Syrien immer mehr Gebiete erobern können, geht die Türkei zunehmend brutaler gegen die kurdische Zi-

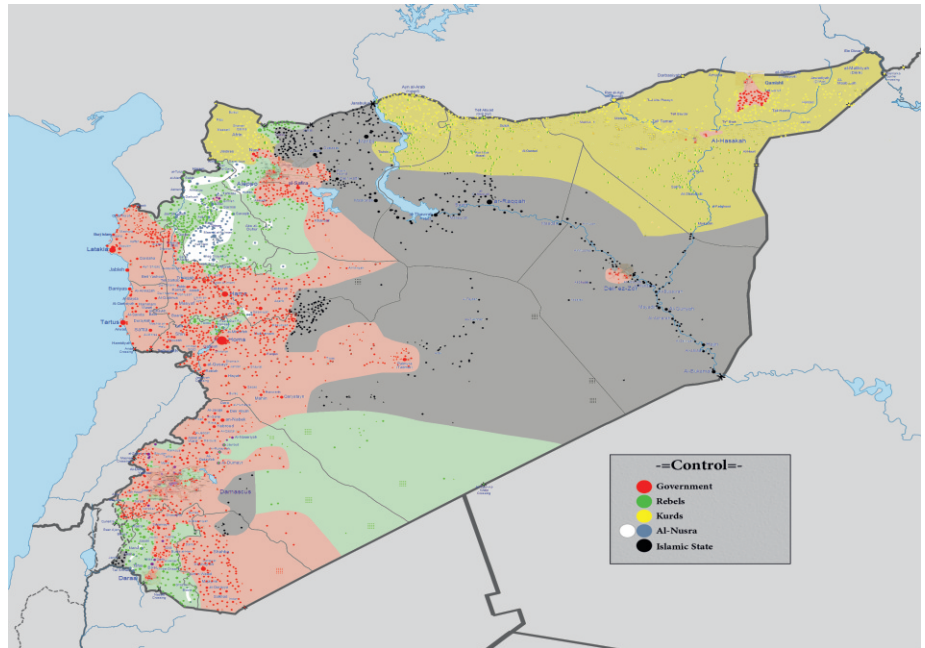
vilbevölkerung vor, lässt den Notstand in den betroffenen Gebieten ausrufen und setzt weitläufig Ausgangssperren in Städten wie Mardin, Silopi und Diyarbakır ein. Neben dieser machtpolitischen Verbindung beider Konflikte stehen sich zudem die zwei Organisationen der PKK und der PYD ideologisch sehr nahe.

Bürgerkrieg in Syrien

Bereits seit fünf Jahren tobt in Syrien der Bürgerkrieg, hat unzählige Tote und Verletzte gefordert und mehr als 11 Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Die Kämpfer*innen der YPG/YPJ und anderer kurdischer Gruppen spielen eine wichtige Rolle innerhalb der Opposition gegen das Regime von Baschar al-Assad. Ferner sind sie auch eine zentrale Kraft, die sich den islamistischen Milizen entgegenstellt. Neben Daesh, der einer der grössten Gebiete kontrolliert, sind zahlreiche kleinere islamistische Gruppierungen am Krieg beteiligt. Die bewaffnete Opposition gegen Assad setzt sich aus wechselnden Bündnispartnern zusammen – unter anderem religiöse und säkulare Gruppen. Assads regimetreue Truppen haben vor allem mit dem Eintritt Russlands in den Bürgerkrieg wieder an Stärke gewonnen. Entlang der nördlichen Grenze Syriens zur Türkei und zum Irak entstand 2011 ein selbstveraltetes autonomes Gebiet, welches man in drei Kantone gliedert (Abb. 1). Im Juni 2015 gelang es, zwei der drei zuvor in Form von Enklaven situiereten Kantone – Cizîrê und Kobanê – miteinander zu verbinden und die Streitkräfte von Daesh weiter zurückzudrängen. Die Türkei hat nun ein grosses Interesse daran, dass der Anschluss an Efrîn, das dritte kurdische Gebiet, mit allen Mitteln verhindert wird und scheut auch nicht davor, Daesh-Kämpfer unkontrolliert über die Grenze nach Syrien ziehen zu lassen.

Rolle der Frauen in Rojava

Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Selbstverwaltung der Kantone sowie der militärischen Verteidigung in Rojava. Dabei orientiert sich die PYD an den Theorien ihrer türkischen Schwesterpartei, der PKK (Arbeiter*innenpartei Kurdistans), welche der Gleichstellung von Mann und Frau eine zentrale Rolle innerhalb der Formen der Selbstverwaltung und des militärischen Kampfes beimisst. Vor allem die Schriften Abdullah Öcalans waren dabei wichtig. Bereits in ihren Anfängen nahm die PKK Frauen in ihre Kampfeinheiten auf und mit ihrer Neuorientierung in den 1990 Jahren wurde diese Position weiter verstärkt. Die PYD setzt in Syrien gezielt auf eine hohe Anzahl an Kämpferinnen in ihren Reihen; so machen Frauen verschiedenen Berichten zufolge mindestens



einen Drittel der kämpfenden Einheiten aus (Abb. 2). Ferner sollen beispielsweise die Räte und die verschiedenen Gremien in den Kantonen Rojawas jeweils von einer Doppelspitze geleitet werden. Frauengruppen in jedem politischen Organ bzw. auf jeder politischen Ebene garantieren weiterführend eine unabhängige Meinungsbildung der Frauen und ein Mitspracherecht an den Entscheidungen, die getroffen werden. Ein weiteres wichtiges Element stellt die Idee der selbstverwalteten Akademien dar, die offen für alle eine Grundausbildung anbieten sollen. Die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft ist unter den aktuellen Bedingungen des Bürgerkrieges und der allgemeinen patriarchalen Strukturen der Gesellschaft verschiedener Augenzeugenberichten zufolge noch nicht erreicht. Dennoch wird mit einer strukturellen Gleichstellung von Beginn an Raum für die Mitsprache aller gegeben und der wichtigen Rolle von Frauen in sozialen Bewegungen Rechnung getragen.

Situation in der Türkei

In der Türkei entstanden vor den Militäroffensiven 2015 in Bakur – dem „Norden“ der kurdischen Gebiete allgemein – ähnliche Strukturen wie in Syrien. In zahlreichen kurdischen Städten bildeten sich basisdemokratisch organisierte Gemeinderäte, selbstverwaltete Quartiervereine oder Akademien (z.B.: Frauenakademien in Amed/Diyarbakır). Beginnend mit Sirnak erklärten sich ganze Städte zu selbstverwalteten Gebieten. Auch hier dienten die Thesen Öcalans über eine basisdemokratische Selbstverwaltung als Vorbild. Mit der erneuten staatlichen Repression entstanden in der Türkei vergleichbar mit Syrien Selbstverteidigungseinheiten (YPS/YPS-J) sowie weit-

reichende Protestbewegungen in der Zivilbevölkerung, die sich unter anderem mithilfe von Strassenbarrikaden zur Wehr setzten. Zeitgleich mit der verschärften Repression gegen die kurdische Bevölkerung, instrumentalisierte der türkische Präsident die zahlreichen Flüchtlinge aus den Krisengebieten seiner Nachbarländer zu einem Druckmittel, um ungestört seine Militäroffensiven fortzusetzen. Keine westliche Regierung hat sich bisher zu den Vorgehensweisen der türkischen Regierung kritisch geäußert und auch die EU ignoriert angesichts der Flüchtlingskrise die schweren Menschenrechtsverletzungen seitens der Türkei. Anfang 2016 konnte sich die Türkei mit einem Abkommen sogar finanzielle Unterstützung durch die EU sichern. Im Gegenzug verpflichtete sich die Türkei dazu, all diejenigen Flüchtlinge wieder aufzunehmen, welche über die Türkei nach Europa gelangen und dort vor der verschlossenen Balkanroute strandeten. Das türkische Militär unterbrach seine Repression in den kurdischen Gebieten selbst während eines Staatsbesuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht; man ist sich seiner Wichtigkeit als Bündnispartner für die EU bewusst. Die westlichen Industrienationen scheuen sich davor, humanitäre Verantwortung für die Geflüchteten zu übernehmen. Dabei ist die gegenwärtige nationalstaatliche Ordnung des Mittleren Ostens ein künstliches Konstrukt – geschaffen entlang der geostrategischen Interessen der westlichen Industrienationen. Instabilität und ein Nährboden für die aktuellen Konflikte wurden auf diese Weise in die Staatensysteme der Region mit eingebaut. Solidarität mit Rojava muss immer auch Solidarität mit den selbstverwalteten Gebieten in der Türkei bedeuten.



Zürcher Netzwerk "Schluss mit Kürzen": Facebook, >> SchlussMitKuerzen

die «Panama Papers», mit welcher Sorgfalt die Konzerne und die Eliten dafür sorgen, den kleinstmöglichen Betrag an Steuern an den Fiskus abzuliefern. Es grenzt an Hohn, dass sich die selben Unternehmen und Bonzen noch als Heilsbringer der Gesellschaft inszenieren, indem sie behaupten, dass sie den Lohnabhängigen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und für deren Wohlstand sorgen würden.

Mittels den Dividendenausschüttungen und den globalen Praktiken der Steuerhinterziehung eignen sich die Kapitalbesitzer*innen immer grössere Teil des globalen, von den Lohnabhängigen produzierten Reichtums an und verschärfen die weltweite soziale Ungleichheit.

Schluss mit den Angriffen auf unsere Arbeitsbedingungen!

Die Kreativität und die Vielfalt, mittels derer die Kapitalist*innen unsere Arbeits- und Lebensbedingungen angreifen, ist enorm. Die wohl wichtigste Antwort der Schweizer Kapitalist*innen auf die «Frankenstärke» war die massive Anhebung der Arbeitszeit im Industriesektor im Frühjahr 2015. Dutzende Unternehmen, allen voran grosse Industriekonzerne wie ABB, Bühler, Georg Fischer, Stadler Rail etc., erhöhten die Wochenarbeitszeit auf bis zu 45 Stunden – bei gleichbleibendem Lohn. Die Unternehmen gaben vor, dass diese Erhöhung notwendig sei, um einen Arbeitsplatzabbau zu verhindern. Die gesteigerte Ausbeutung der hiesigen Arbeitskräfte wurde von den Gewerkschaften widerstandslos toleriert.

Nicht wirklich überraschend vergassen dieselben Unternehmen ihre Versprechungen von der Sicherung des «Werkplatzes Schweiz» und

begannen massenhaft Arbeiter*innen zu entlassen, sobald sich gegen Ende 2015 die Auftragsbücher leerten. Seither wurden in der Industrie (ABB, Alstom, Rieter, Schindler, Sulzer, uvm.), im Detailhandel, im Banken- und Versicherungssektor (CS, Zurich), bei den ehemals staatlichen Betrieben wie der Swisscom und der SBB bereits Zehntausende Arbeiter*innen und Angestellte auf die Strasse gestellt.

Die regelrechte Entlassungswelle, welche die Schweiz überrollt, wird den Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen für alle anderen Lohnabhängigen noch zusätzlich verstärken.

Gegen staatlich verordnetes Lohndumping!

Es sind aber nicht nur die privaten Unternehmen, die mit allen Mitteln versuchen, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen anzugreifen. Ende März 2016 wurden die Mindestlohnvorschläge der Tripartiten Kommission des Kantons Zürich publik. In dieser sind der Kanton, die Unternehmen und die Gewerkschaften vertreten. Die Vorschläge hatten angeblich zum Ziel, gegen das Lohndumping im Kanton vorzugehen. Die Kommission schlägt für den Detailhandel einen Mindestlohn von 3415 Franken und für die Maschinenbaubranche 3850 Franken monatlich vor – unabhängig von Alter, Ausbildung und Berufserfahrung –, was sogar den Blick am 29. März 2016 zur Aussage verleiten liess, dass die Schweiz ein «Lohndumping-Problem» habe.

Diese Vorschläge werden das Lohndumping mitnichten eindämmen, im Gegenteil, sie zementieren das Lohndumping mittels staatlichen Regelungen. Obwohl die Gewerkschaft

Unia die Vorschläge kritisiert, befindet sie sich argumentativ in der Sackgasse. Denn sie selbst hat 2013 in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) einen Gesamtarbeitsvertrag unterschrieben, in dem erbärmliche Mindestlöhne zwischen 3300 und 3850 Franken festgesetzt wurden! Die erstmalige Festlegung von Mindestlöhnen in der MEM-Industrie wurde damals sogar als grosser Erfolg gefeiert! Dementsprechend unglaublich ist die Kritik der Unia an den Vorschlägen der Tripartiten Kommission.

Den Bürgerlichen sind sogar diese staatlich verschriebenen Hungerlöhne zu hoch. In der Argumentation ihres Sprachrohrs, der NZZ, werden die Lohnabhängigen dabei regelrecht in Geiselhaft genommen. So schreibt diese am 29. März 2016, dass zu hohe Mindestlöhne dazu führen würden, dass besser qualifizierte Grenzgänger*innen den hiesigen Lohnabhängigen die Arbeit wegnehmen würden und man deshalb auf reglementierte Arbeitsbedingungen und Löhne verzichten solle. Dabei ist es offensichtlich, dass ein tatsächlich greifender Schutz der Löhne – inklusive genügend Kontrollen an den Arbeitsplätzen sowie massiv ausgebauten flankierenden Massnahmen in Bezug auf die Personenfreizügigkeit mit der EU – die einzig sinn- und wirkungsvolle Antwort auf das grassierende Lohndumping in der Schweiz ist.

Schluss mit Sozialabbau!

Parallel zu den Angriffen auf die Löhne forciert das Zürcher Bürgertum Abbaumassnahmen des Service Public. Seit 25 Jahren reihen sich nun bereits Steuersenkungen für die Reichen und Unternehmen sowie Sozialabbau-massnahmen aneinander. Alleine zwischen 1996 und 2006 wurden im Kanton Zürich Steuersenkungen von insgesamt 1 Milliarde Franken durchgesetzt, die seither jährlich in der Kasse fehlen. Parallel dazu baute der Kanton in derselben Höhe seine öffentlichen Leistungen ab. Mit dem Sanierungsprogramm 2004, dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (zweiteilig) sowie dem Sanierungsprogramm 2010, welches notabene erst 2014 ausgelaufen ist, wurden die Ausgaben um insgesamt 5,7 Milliarden Franken gekürzt; knapp 2/3 davon in den Bereichen Bildung (1,2 Milliarden), Gesundheit (1,1 Milliarden) und bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes (1,1 Milliarden).

An seiner Pressekonferenz vom 13. April 2016 konkretisierte der Zürcher Regierungsrat die im Herbst 2015 beschlossenen Abbaupläne in der Höhe von jährlich 694 Millionen Franken bis 2019. Am stärksten betroffen sind einmal mehr der Bildungsbereich, das Gesundheitswesen sowie der öffentliche Verkehr.

Diesen Teufelskreis von Steuersenkungen und darauffolgenden Sparpaketen – flankiert von immer weiter fortschreitenden Privatisierungen (insbesondere im Gesundheitswesen) – gilt es zu durchbrechen. Denn in der Tat entsprechen die Sparmassnahmen, ebenso wie die direkten Lohnkürzungen, einem Abbau unserer (Sozial-)Löhne.

Widerstand gegen Rassismus und rechte Hetze!

Die Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen werden begleitet von einer permanenten rechten Hetzkampagne und ständigen Angriffen auf die Rechte der migrantischen Bevölkerung in der Schweiz, indem letzterer der Zugang zu gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Bildungsmöglichkeiten oder gleichen Sozialhilfestandards verwehrt wird. Die SVP und ihre bürgerlichen Verbündeten versuchen den Schweizer Lohnabhängigen dabei vorzugaukeln, dass ein Herr Spuhler (Stadler Rail) oder die Familie Schindler (Schindler Group), die massgeblich für Arbeitszeiterhöhungen und Entlassungen verantwortlich sind, unsere Freunde seien. Migrantische Arbeitskräfte hingegen werden als unsere Konkurrent*innen bezeichnet. Solche Verleumdungen sind - angesichts der von den rechten Hetzern eingenommenen Machtpositionen in den Unternehmen und den Entlohnungen, welche sich diese Kapitalist*innen jährlich gönnen – schlichtweg absurd und hetzerisch.

Die Stigmatisierung der Migrant*innen zu Sündenböcken für jegliche gesellschaftlichen Missstände geschieht nicht nur auf ideeller Ebene, sondern hat auch eine konkrete, materielle Seite, indem Migrant*innen als «billige» Arbeitskräfte und als «Lohnrucker*innen» eingesetzt werden. So werden geflüchtete Menschen unter anderem dazu angehalten, in «Beschäftigungsprogrammen» zu arbeiten. Diese Beschäftigung ist für viele Geflüchtete eine willkommene Ablenkung von den Erinnerungen an Flucht und Krieg oder von dem eintönigen Alltag in Asylunterkünften. Doch anstatt angemessen entlohnt zu werden, verdienen sie im Normalfall 150 Franken pro Monat – zynischerweise zum Beispiel für das Ausreissen von invasiven, fremden Pflanzen. Auch in anderen Bereichen, wie der Landwirtschaft, führen Migrant*innen zu Tausenden mies bezahlte Lohnarbeit aus. Diese „Integration“ in die Arbeitswelt entspricht in Tat und Wahrheit schlicht einer krassen Ausbeutung migrantischer Lohnabhängiger und macht deutlich, wie die rassistisch legitimierte, strukturelle Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen Teil des kapitalistischen

Herrschaftssystems ist.

Auch die anstehende Asylgesetzrevision, über welche am 5. Juni 2016 abgestimmt wird, wird die Lebensbedingungen von asylsuchenden Menschen weiter verschlechtern. Dass die geplante Beschleunigung der Asylverfahren, welche unter anderem eine skandalöse Verkürzung der Rekursfristen für abgelehnte Asylverfahren vorsieht, nicht den Migrant*innen, sondern dem Budget des Staatssekretariats für Migration (SEM) zu Gute kommt, belegen bereits durchgeführte Tests in den neuen Bundeszentren.

Kämpferische Perspektiven und Forderungen entwickeln!

Das Ziel von Arbeitszeiterhöhungen, Lohnkürzungen, Entlassungen und der damit verbundenen Intensivierung der Arbeit für die verbliebenen Arbeiter*innen, dem Abbau des Soziallohns und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist es, die Ausbeutung der hiesigen

"Die Stigmatisierung der Migrant*innen zu Sündenböcken für jegliche gesellschaftlichen Missstände geschieht nicht nur auf ideeller Ebene, sondern hat auch eine konkrete, materielle Seite, indem Migrant*innen als "billige" Arbeitskräfte und als "Lohnrucker*innen" eingesetzt werden."

Arbeitskräfte absolut und relativ zu erhöhen. Damit sollen die Profite der Unternehmen gesteigert und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit weiter zu Gunsten des Kapitals verschoben werden.

Unsere Antwort auf diesen Klassenkampf von oben kann nur in der gemeinsamen Mobilisierung der Beschäftigten an den Arbeitsplätzen, der Jugend und der Nutzer*innen des Service Public zu finden sein. Die Lohnabhängigen in Frankreich machen es uns zurzeit vor. In Frankreich demonstrieren und streiken seit März 2016 Hunderttausende Arbeiter*innen und Jugendliche gegen die von der sozialdemokratischen Regierung geplante Arbeitsrechtsreform, welche u.a. eine Aufweichung der 35-Stunden-Woche und des Kündigungsschutzes sowie weitere Flexibilisierungsmassnahmen vorsieht. In dieser vorbildlichen und breiten Mobilisierung gehen die Forderungen über die Rücknahme der Reform hinaus und geben der Protestbewegung eine längerfristige Perspektive.

Auch in der Schweiz sollten wir versuchen, Forderungen zu entwickeln, die allfälligen Mobilisierungen – an den Arbeitsplätzen oder

gegen den Abbau des Service Public – konkrete Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven aufzeigen können. Einige Punkte scheinen uns dabei zentral:

Erstens müssen jegliche Angriffe auf unsere Löhne, Arbeitsbedingungen oder Arbeitsplätze rigoros und durch die kollektive, direkte Aktion der Betroffenen verhindert werden. Zweitens gilt es die Solidarität zwischen uns Lohnabhängigen – egal welcher Herkunft – zu stärken und auszubauen. Rechten Demagogen und Hetzern müssen wir entschieden entgegentreten.

Drittens sollten wir gemeinsam den Ausbau des Service Public fordern (es ist ja unser Lohn!) und wenn immer möglich die Beteiligung und Kontrollmöglichkeiten durch die Beschäftigten und die Nutzer*innen verlangen.

Viertens sollten wir offensiv für eine echte, radikale Steuerreform eintreten. Eine solche Reform müsste es ermöglichen, die Steuerhinterziehung rigoros zu bekämpfen, Steuer-

schlupflöcher zu stopfen [u.a. Steuererleichterungen in 2. und 3. Säule, im Stiftungswesen oder den weit verbreiteten Steuererlass für Unternehmen, insbesondere bei Neuansiedlung oder in wirtschaftlichen Notlagen], Kapitalsteuern sowie Erbschaftssteuer zu erheben, generell die Harmonisierung der Steuern auf Schweizer Niveau anzustreben, sowie die Mehrwertsteuer abzuschaffen. Indem wir das Kapital zur Kasse zwingen, könnten wir das Kräfteverhältnis auf dieser Ebene zu unseren Gunsten verschieben und uns zurückholen, was uns gehört!

>> Schluss mit dem Abbau des Service Public – für eine radikale Steuerreform!

>> Gegen die Ausspielung von Lohnabhängigen aufgrund ihrer Herkunft – gleiche Rechte für alle in Gesellschaft und am Arbeitsplatz!

>> Stopp aller Entlassungen – für eine massive Arbeitszeitverkürzung!

Gesundheitswesen

Die Auswirkungen der Sparpolitik auf die Angestellten und Patient*innen

Durch die zunehmende Ökonomisierung und die zahlreichen Sparmassnahmen im Gesundheitswesen werden die Arbeitsbedingungen verstärkt angegriffen. Doch auch die Nutzer*innen leiden aufgrund einer schlechteren Grundversorgung unter dieser Entwicklung. Dieser Artikel zeigt, wie sich diese Gesundheitspolitik konkret auf den Alltag der Pfleger*innen und Patient*innen auswirkt.

Allein für dieses Jahr plant etwa der Kanton Zürich Sparmassnahmen im Gesundheitswesen von 322 Millionen CHF. Dies entspricht dem allgemeinen Trend hin zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens, den wir seit der Einführung des Gesetzes für die obligatorische Krankenversicherung (KVG) 1996 beobachten können. Dieses Gesetz führte neue Kriterien für die Messung der Leistungen der Spitäler ein. Anstelle der individuellen Bedürfnisse des Patienten oder der Patientin, die vormals bei der gesundheitlichen Behandlung von Menschen zentral waren, ist nun die Rentabilität einer Behandlung in den Vordergrund gerückt, d.h. deren Wirksamkeit, Zweckmässigkeit sowie Wirtschaftlichkeit (KVG Art.32, Absatz 1). Das Konzept des New Public Management wird somit auch auf öffentliche Spitäler angewendet, was bedeutet, dass Krankenhäuser wie Unternehmen handeln sollen und Kosten immer mehr als massgebliches Kriterium für die Effizienz genommen werden. Zur Kostensenkung werden Preisdruck, Wettbewerb und Privatisierungen als effektives Mittel vorgeschlagen. Hierfür ist es zunächst einmal nötig, dass alles messbar, evaluierbar und vergleichbar wird. Ein zentraler Schritt hin zu dieser Ökonomisierung unseres Gesundheitssystems stellen in diesem Zusammenhang die Fallpauschalen (Englisch: „Diagnosis Related Groups“ DRG) dar.

Fallpauschalen: Massnahmen zur Ökonomisierung der Spitalpflege

Die Fallpauschalen wurden in der Schweiz 2012 auf Druck der Krankenkassen (vor allem der zwei Dachverbände Santésuisse und Curafutura) sowie deren politischer Lobby eingeführt (Siehe auch: <http://sozialismus.ch/artikel/2016/schweiz-das-gesundheitssystem-20-jahre-nach-der-einfuehrung>).

Des-kvg/). Dies nicht ohne Grund: Die Krankenkassen profitieren am stärksten von der Spitalfinanzierung durch die DRG, indem diese es ihnen ermöglicht, ihren Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Spitäler auszuweiten.

Das DRG- Finanzierungssystem, welches momentan nur für Akutbehandlungen gilt, hat die Finanzierung der Schweizer Spitäler grundsätzlich verändert. Für jeden Krankheitsfall erhält das Spital einmalig eine auf nationaler Ebene harmonisierte Summe, unabhängig davon, was die/der Patient*in tatsächlich benötigt. Somit gibt es keine Kostendeckung mehr, da der Preis für eine Behandlung nicht mehr abhängig von den indi-

reichen Investitionen durchzuführen.

Damit stellt die DRG-Spitalfinanzierung ein sehr anschauliches Beispiel für die Ökonomisierung des Gesundheitsbereichs dar, die seit den 1980er Jahren stattfindet. Noch werden die Spitäler zu 55% direkt von den Kantonen finanziert, der Rest wird von den Krankenversicherungen und den Patient*innen bezahlt¹. Die Krankenkassen üben jedoch Druck aus, die komplette Finanzierung zu übernehmen, um somit ihre Macht auf die Spitäler zu erweitern.

Eine zweite wichtige Veränderung in der Spitalfinanzierung betrifft die formale Gleichstellung zwischen privaten und öffentlichen Spitälern in Bezug auf die finanzielle Vergütung

"Der zusätzliche Aufwand, unter anderem die zunehmenden administrativen Aufgaben, ist dermassen überbordend geworden, dass eine diplomierte Pflegefachperson kaum noch Zeit hat, die Pflege wahrzunehmen."

viduellen Leistungen ist, sondern pauschal vorgegeben ist. Weiterhin hält mit dieser neuen Spitalfinanzierung die Logik von Profit und Defizit Einzug in die Spitäler. Indem für die Behandlung von Patient*innen weniger ausgegeben werden kann, als das Spital mit der Fallpauschale von den Krankenkassen erstattet bekommt, wird es dem Krankenhaus möglich, Profit zu erzielen. Um dies zu erreichen, werden „überflüssige“ Leistungen bei der Behandlung der Patient*innen weggelassen. Die Spitäler haben aus kapitalistischer Sichtweise automatisch ein Interesse daran, sich auf rentable Segmente in der Behandlung von Patient*innen zu konzentrieren und in diesen Be-

der Leistungen. Faktische führt diese „formale Gleichstellung“ aber zu einer grundlegenden Ungleichheit, da die privaten Spitäler nicht den gleichen strukturellen Zwängen wie die öffentlichen Spitäler ausgesetzt sind (z.B. die Aufnahme aller ihnen zugewiesenen Patient*innen). Um im verstärkten Wettbewerb und Konkurrenzdruck mithalten zu können, gilt es möglichst rentabel zu wirtschaften und in „profitable“ Bereiche zu investieren. Dies wird jedoch nur durch eine verstärkte Sparpolitik innerhalb der Spitäler möglich, wobei die öffentlichen Spitäler aufgrund der strukturellen Zwänge zwangsläufig auf der Strecke bleiben. Somit sind neben den Krankenversiche-

rungen die privaten Spitäler die zweiten Hauptprofiteure der neuen Spitalfinanzierung. Die negativen Konsequenzen tragen hingegen die Angestellten und Patient*innen.

Konsequenzen der aktuellen Sparmassnahmen für den Pflegealltag

Aufgrund des Spar- und Konkurrenzdrucks versuchen die Spitäler verstärkt Ausgaben zu reduzieren. Dies geschieht durch Sparmassnahmen, z.B. durch Abbau des Personals. Direkte Folge des Personalabbaus ist die Zunahme der zu betreuenden Betten um durchschnittlich 2-4 Betten pro diplomierte Pflegefachperson in Zürich (von 4-6 auf 8-11 Betten). Der zusätzliche Aufwand, unter anderem die zunehmenden administrativen Aufgaben, ist dermassen überbordend geworden, dass eine diplomierte Pflegefachperson kaum noch Zeit hat, die Pflege wahrzunehmen. Nicht selten verstösst dies sogar gegen den hausinternen Pflegestandard des jeweiligen Spitals, der beispielsweise besagt, dass eine diplomierte Pflegefachperson mehr als 50% ihrer Tätigkeit der Pflege widmen sollte. Diese Regelung ist begründet. Mit Hilfe der Pflegetätigkeit wird, wie weiter unten ausgeführt wird, der physische und psychische Gesundheitszustand der Patient*in bzw. des Patienten ermittelt und überprüft. Mit der gleichzeitigen Abnahme der Pflegetätigkeit und der Zunahme der Anzahl der zu betreuenden Personen um rund ein Drittel, laufen die zuständigen diplomierten Pflegefachpersonen zunehmend Gefahr, die Übersicht über ihre Patient*innen zu verlieren.

Möglich werden die Stellenstreichungen von qualifizierten Pflegefachpersonen nur, indem Teile ihrer Tätigkeiten auf geringer qualifizierteres Pflegepersonal ausgelagert werden. Dies führt zum einen zur Entwertung der Aufgaben der diplomierten Pflegefachperson, zum anderen zu einer verstärkten Unterbezahlung der Pflegehilfskräfte, da diese zwar Tätigkeiten höherer Berufsklassen übernehmen, hierfür jedoch nicht entsprechend entlohnt werden. Teilweise werden sogar PraktikantInnen als Hilfskräfte eingesetzt, obwohl diese noch keine Ausbildung absolviert haben. Die fehlenden qualifizierenden Kompetenzen können zu einer Fehl- und Mangelbehandlung von Patient*innen führen. Zudem übernehmen auch Auszubildende sehr viel Körperpflege. Damit wird die Ausbildungsqualität verschlechtert, da Auszubildende nicht zu den für sie notwendigen Lernsituationen und Lernbegleitungen kommen. Die verringerte Betreuung der Auszubildenden stellt ausserdem ein Sicherheitsrisiko für Patient*innen dar.

Diese Massnahmen des Stellenabbaus und der Auslagerung der Pflegetätigkeiten auf gerin-

ger qualifiziertes Pflegepersonal führen zu einer extremen Intensivierung der Arbeit und einer Verlängerung der Arbeitszeiten aufgrund von Überstunden. Die Ausbeutung der Arbeitskraft in den Spitäler nimmt also drastisch zu.

Intensivierung der Arbeit und Verlängerung der Arbeitszeit

Die personellen Ressourcen sind so knapp eingeplant, dass bereits in Zeiten mit durchschnittlicher Patientenauslastung der minima-

heitswesen im Jahr 2014 durchschnittlich 36 Überstunden². Doch die Dunkelziffer liegt weit höher: Um den Stress im Dienst zu verringern, kommen zahlreiche Pflegekräfte eine halbe Stunde früher und gehen eine halbe Stunde später, ohne diese Überstunden zu verbuchen. An dieser weitverbreiteten Praxis zeigt sich das neoliberale Kredo: Statt die bewusste personelle Unterversorgung anzuprangern, wird das Problem individualisiert, indem die Ineffizienz einer/s jeden Einzelnen fälschlicherweise als Grund für die nicht er-

Ihr zu helfen ist unwirtschaftlich...

... für uns aber selbstverständlich.

Sandra M. (34), lebensgefährlich verletzt.

15 große Operationen folgen, 5 Wochen Intensivstation, 3 Monate Krankenhaus.

Behandlungskosten	194.000 €
Vergütung	106.000 €
nicht erstattet	88.000 €

So will es das Gesetz zur Krankenhausfinanzierung.

Wir fordern deshalb, dass eine leistungsgerechte Finanzierung ebenfalls selbstverständlich ist.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis: www.rettung-der-krankenhauser.de

Klinikum Augsburg
Klinikum Bayreuth · Hohe Warte
Vivantes Klinika Berlin
Klinikum Bielefeld
Klinikum Braunschweig
GesundheitNord Klinikverbund Bremen
Klinikum Dortmund
Städtisches Klinikum München
Klinikum Nürnberg
Klinikum Stuttgart

Plakatkampagne von kommunalen Krankenhäusern aus Deutschland für eine leistungsgerechte Finanzierung.

le Anspruch an eine qualitative Pflege nur eingeschränkt ermöglicht wird. Wenn zusätzlich zu dieser Situation die Patientenauslastung steigt oder die personellen Ressourcen abnehmen, entsteht eine akute Stresssituation. Schätzungen gehen davon aus, dass durchschnittlich 20% des Personals aufgrund von Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaftsurlaub, Weiterbildung etc. fehlen. Diese strukturell bedingte personelle Unterversorgung ist somit kein Sonderfall, sondern stellt einen Dauerzustand dar.

Die Pflege von Menschen ist jedoch im Unterschied zu anderen Berufen keine Tätigkeit, die mensch auf den nächsten Tag verschieben kann. Ein weiteres Merkmal für diese Arbeitstätigkeit ist die Tatsache, dass im Team gearbeitet wird. Was mensch in der eigenen Schicht nicht schafft, muss die/der nachfolgende KollegIn machen. So werden zahlreiche Überstunden gemacht, um den unmittelbaren Bedürfnissen der Patient*innen gerecht zu werden und die TeamkollegInnen zu entlasten. Laut dem Bundesamt für Statistik machten Vollzeitarbeitende im Gesund-

reichten Aufgaben angeführt wird.

Diese strukturelle Überbelastung durch eine Verdichtung der Arbeit und die Verlängerung der Arbeitszeit beeinträchtigen nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern die gesamte Lebenssituation der Betroffenen. Der Druck, die Sorgen und der Stress werden mit nach Hause genommen. Die Ruhephasen zwischen den Schichten sind zu kurz für eine Erholung und es fehlt die Energie für eine krafttankende Freizeitgestaltung. Eine solche Situation des erhöhten Stresspegels führt langfristig unweigerlich zu gesundheitlichen Schäden wie Herz-, Kreislaufstörungen der betroffenen Menschen.

Besonders betroffen sind Frauen

Da zum Grossteil Frauen im Gesundheitswesen arbeiten, sind Frauen auch besonders von dem Arbeitsplatzabbau sowie den erheblichen physischen und psychischen Belastungen aufgrund der Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung betroffen. So arbeiteten 2008 mehr als doppelt so viele Frauen im Gesundheitswesen als Männer³. Das bedeutet jedoch

nicht, dass Frauen auch in den Chefetagen des Gesundheitswesens überproportional vertreten sind. Tatsächlich nimmt der prozentuale Anteil der Frauen mit steigendem Berufsgrad ab. Dementsprechend gab es 2005 prozentual betrachtet eine klare Unterrepräsentation von Frauen in der Berufsklasse der ÄrztInnen, jedoch eine extreme Überrepräsentation von Frauen in der Gesundheits- und Krankenpflege (3079 Frauen auf 288 Männern).⁴

Diese Zahlen spiegeln die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen wieder. Viele Frauen arbeiten im sogenannten Care-Sektor. Dieser beinhaltet die Betreuung, Versorgung und Pflege von Kindern, älteren Personen oder kranken Menschen. Die Qualitäten, die zur Ausübung dieser Berufe notwendig sind, werden als natürlich weibliche Eigenschaften dargestellt. Damit wird die schlechte Entlohnung dieser Berufe begründet. Diese Abwertung der Care-Arbeit als unqualifizierte Arbeit und das traditionelle Rollenbild wurden von vielen Menschen verinnerlicht. So erzählen viele Pflegefachfrauen aus persönlicher Erfahrung, dass Männer von Patient*innen eher als Ärzte wahrgenommen und als solche angesprochen werden, wohingegen Frauen, auch wenn es junge Ärztinnen sind, eher als Pflegekräfte angesprochen werden.

Hinzu kommt, dass auch heute noch ein Grossteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit – sprich die Hausarbeit – von Frauen verrichtet wird. In Zeiten von Sozialabbau sind es somit fast immer die Frauen, welche zusätzlich zur Hausarbeit oder zum Teilzeitjob noch diejenigen Aufgaben übernehmen, die der Staat abgebaut hat.

Es ist nicht nur so, dass weitaus mehr Frauen als Männer im Pflegeberuf arbeiten, sondern auch, dass es weitaus mehr Kranken- und Pflegepersonal als ÄrztInnen gibt – deren Stimme in der Öffentlichkeit jedoch selten vernommen werden.

Pflegearbeit: eine unterschätzte Tätigkeit

Die Pflege besteht darin, Menschen in ihren Grundbedürfnissen zu unterstützen – eine Tätigkeit, ohne die diese Menschen ihren Alltag nicht meistern könnten. Von der Nahrungsvorsorgung über die tägliche Körperreinigung und den Stuhlgang bis hin zur medizinischen Versorgung beinhaltet die Pflege zahlreiche unerlässliche Tätigkeiten. Diese erscheinen banal, schliesslich führt sie jede/r tagtäglich für sich selbst aus. Doch qualifiziertes Pflegepersonal entnimmt diesen Tätigkeiten wertvolles Wissen über den Gesundheitszustand der/s Patient*in. So ermöglicht beispielsweise die tägliche Körperreinigung zu erfahren, ob es kognitive und motorische Veränderungen

bei einer/m Patient*in gibt. Weiterhin ist am Hautbild erkennbar, ob die Person dehydriert oder eine andere Mangelversorgung hat. Das Auffordern zu weitgehender Selbstständigkeit bei der Körperpflege fördert die Rehabilitation. Der persönliche Kontakt zwischen Pflegepersonal und Patient*in ist ausserdem unerlässlich, um den psychischen Zustand der/s Patient*in zu ermitteln.

Bereits anhand dieser kurzen Auflistung wird deutlich, dass qualifiziertes Pflegepersonal durch das tägliche Waschen kleinste Veränderungen am Gesundheitszustand des/der Patient*in erkennen kann und dementsprechend vorsorgend intervenieren kann. Diese Pflegearbeit stellt somit einen extrem wichtigen Teil des Heilungsprozesses dar. Weiterhin dient sie dazu, einer Verschlechterung des Gesundheitsbildes vorzubeugen. Dies wird nicht nur von weiten Teilen der Bevölkerung, sondern auch vom neuen Finanzierungssystem der öffentlichen Spitäler der Schweiz verkannt. Dieses erkennt die Dienstleistung der Pflege nicht als Behandlung an, für die das Spital Geld von den Krankenkassen bekommen sollte, sondern ausschliesslich als Kostenfaktor. Damit wird der Wert der Pflege als zentrales Element im Heilungsprozess und der Prävention von (Folge-)Krankheiten vollständig untergraben.

Abnahme der Behandlungsqualität: ein Sicherheitsrisiko für die Patient*innen

Doch nicht nur die Gesundheit der Lohnabhängigen im Spital wird aufgrund der Sparmassnahmen langfristig bedroht. Auch die Sicherheit der Patient*innen wird nachweislich gefährdet. Der Druck immer rentabler zu sein, hat direkte Auswirkungen auf die Behandlungsqualität der Patient*innen. Aufgrund des erhöhten Zeitdrucks und der extremen Arbeitsbelastung kann eine professionelle Pflegebetreuung schlichtweg immer seltener gewährleistet werden. Statt der notwendigen präventiven Pflegearbeiten, werden zunehmend nur noch Massnahmen zur Schadensbegrenzung durchgeführt. Dass dieser Druck auch zu erheblichen, gesundheitlichen Risiken führen kann, zeigt sich beispielsweise an der kürzeren Liegedauer der Patient*innen, wobei von sogenannten «blutigen Entlassungen» gesprochen wird. Ein weiteres Beispiel ist eine verfrühte Verlegung von der Intensivstation auf die normale Station. Nicht zuletzt nimmt durch den Spardruck die Qualität der Materialien ab, da billigeres Material verwendet wird.

Verteidigen wir unser Recht auf Gesundheit!

Die extremen Sparmassnahmen im Gesundheitswesen stellen einen Angriff gegen unser

Recht auf Gesundheit – die Gesundheit der Arbeitenden sowie der Patient*innen – dar. Mit den Kürzungen im Gesundheitswesen wird unser Soziallohn⁵ einmal mehr verringert. Der Widerstand gegen die öffentliche Sparpolitik muss daher auch ein Kampf für ein soziales, öffentliches Gesundheitssystem sein, das allen zugänglich ist und gute Arbeitsbedingungen ermöglicht.

1 sozialismus.ch/artikel/2016/schweiz-das-gesundheitssystem-20-jahre-nach-der-einfuehrung-des-kvg, 16.04.2016

2 Bundesamt für Statistik, bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html#parsys_00051, 03.03.2016

3 Bundesamt für Statistik, bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/14/03/04/key/01.html, 03.03.2016

4 Ibid.

5 Unser Lohn setzt sich aus drei Teilen zusammen: Dem Lohn, den wir überwiesen bekommen, einem indirekten Lohnanteil, welcher zeitlich verzögert ausbezahlt wird (z.B. AHV-Renten) sowie dem Soziallohn (der den Leistungen des öffentlichen Dienstes, wie z.B. gratis Bildung oder gute medizinische Versorgung, entspricht).

Wie werden die Spitäler in der Schweiz finanziert?

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) wurde 2007 vom Parlament angenommen. Mit dieser Revision, die 2009 in Kraft getreten ist, wurde insbesondere die Spitalfinanzierung neu geregelt. Neu wird nicht mehr der Spitalbetrieb an sich, sondern die erbrachte Leistung pro Krankheitsfall vergütet. Diese Vergütung erfolgt anhand landesweit einheitlich festgelegter Pauschalen, die anteilmässig von Kantonen und Versicherern getragen werden. Dabei beträgt der kantonale Anteil mindestens 55%. Wie im Artikel erläutert, kommt dieses neue Finanzierungssystem einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens gleich, insofern die Konkurrenz zwischen den Spitälern erhöht wird und Anreize zu Kostensenkungen bei den Pflegekosten geschaffen werden.

Klimaproteste

Ende Gelände!

How the fuck did we get there?

Ein Beitrag zum Thema Klimawandel, eine Bestandsaufnahme der Klimabewegungen, ein Aufruf, sich an der Aktion Ende Gelände zu beteiligen und ein kleiner Abriss über die Entstehung und Entwicklung der zukunftsweisenden Aktionsform „Massenblockade“.

Was bleibt von einer Bewegung? Was ist die erste Assoziation, die wir mit Martin Luther King, Gandhi oder Occupy haben? Bei mir wären dies der Selma Bus Boykott, der Salzmarisch und besetzte Plätze von New York bis Madrid. Das sind alles Aktionsformen, die noch nicht sehr viel über die Inhalte und Ziele der einzelnen Bewegungen aussagen und trotzdem sind es diese Aspekte einer Bewegung, welche sie definieren und uns im Gedächtnis bleiben. Taktik und Inhalt, was man fordert und wie man versucht, es zu erreichen, können nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung ohne zivilen Ungehorsam wäre beispielsweise undenkbar gewesen.

So steht für mich die Frage, welchen Aktionsformen sich die Klimabewegung widmen soll, über lokalen Gegebenheiten oder Präferenzen. Es ist nicht nur eine taktische Frage, sondern genauso eine inhaltliche. An welchem Punkt stehen die verschiedenen Klimabündnisse und was fehlt ihnen? Denn ganz anscheinend ist die Menschheit bei der doch entscheidenden Frage „Wie retten wir unseren Planeten?“, keinen Schritt weiter gekommen in den letzten Jahren.

Grüner Kapitalismus

Besteht noch Hoffnung, dass wir zusammen mit den Eliten unserer Gesellschaft durch Gesetze, Lobbying und individuellen Konsumverzicht doch noch eine radikale Wendung bewirken können?

Das Elite-Klimaretungstreffen COP21, das im Dezember 2015 in Paris stattfand, hat einzig mit der banalen Feststellung geendet, dass die Klimaerwärmung „ein ernstes Problem für die Menschheit“ sei. Dies wusste meine Geografielehrerin jedoch schon vor 20 Jahren. Die ernüchternden Resultate der jüngsten Klimakonferenz haben uns einmal mehr gezeigt, dass schöne Worte nicht viel gegen ein Industriewirtschaftssystem, welches für seine eigene Existenz tausende Tonnen Treibhausgase in die Luft bläst und auf stetiges Wachstum angewiesen ist, bewirken können.

Nicht einmal die Umsetzung der oben ge-

nannten „historischen Übereinkunft“ ist gesichert. Den grössten Unsicherheitsfaktor bilden die USA als zweitgrösster CO₂-Emitent. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump fällt mit Aussagen wie „Global warming bullshit is an expensive hoax“ auf. Und auch andere aus seiner Partei stehen ihm in dieser Frage (und in vielen anderen) in nichts nach. Wenn also jemand von ihnen ins Weisse Haus einziehen sollte, wird die „historische Übereinkunft“ kaum durchsetzbar sein. Auch im Falle von Hillary Clinton als amerikanische Präsidentin besteht nicht viel Hoffnung. Zugegeben, sie ist keine Klimaerwärmungsleugnerin, doch Clinton hat in ihrer bisherigen Karriere über 4.5 Millionen Dollar von Öl- und Gasunternehmen angenommen und sowohl Fracking wie auch die „Keystone Pipeline“ unterstützt. Dies hatte direkte Auswirkungen auf den Ölpreis, der dank Fracking seit Mitte Mai 2014 mehr als zwei Drittel seines Wertes verloren hat.

Wie viele Wochen wird Hillary Clinton also benötigen, um nach der Nominierung all ihre bisherigen Positionen zu verwerfen - oder um festzustellen, dass im GOP-dominierten Senat nicht viel mit diesen Positionen zu gewinnen ist?

Es gäbe noch viele Argumente, die beweisen, dass sich die Klimabewegung, welche auf eine Lösung innerhalb dieses Systems hofft, in einer Zwickmühle befindet: Klimaprobleme wie der global viel zu hohe CO₂-Ausstoss oder die Kunststoffherstellung mit Rohöl konnten noch nicht ansatzweise gelöst werden. Und der dringend notwendige radikale Umbau der Wirtschaft hat noch nicht einmal begonnen. Für mich ist klar, dass wir in einem politischen Klima, das sich so sehr auf das „there is no alternative“-Mantra stützt, keine wirklichen Alternativen finden werden.

Massenblockade

Aber dies ist nicht das Thema dieses Artikels. Ich habe die Frage aufgeworfen: „Welche Aktionsformen brauchen wir?“. Und um diese zu beantworten, müssen wir zuerst einen Blick zurück werfen, zum 3. Mai 1980, ins schöne

Wendland. Hier nimmt eine Bewegung ihren Anfang, die im Gegensatz zu vielen anderen Bewegungen dieser Zeit überlebt und ihren Zielen treu bleibt. Die freie Republik Wendland ist der Startschuss für alljährlich stattfindende Anti-Castor-Proteste, die über Jahrzehnte hinweg eine ganze Region, von jung bis alt, mobilisieren können. Hier setzt sich der Primarschüler neben die Grossmutter auf die Gleise und blockiert den Atomülltransport nach Gorleben. Im Wendland konnte sich eine Protestkultur etablieren, die beweist, dass radikale Aktionsformen auch in unserer Zeit nicht nur den protestierten Experten vorbehalten sind.

Es erstaunt nicht, dass gerade aus dem Wendland Inspiration für eine neue Aktionsform kam: Die Massenblockade, welche ab 2007 die iL (interventionistische Linke) und damit viele Aktivist*innen beschäftigen wird. Die Massenblockade war bereits effektiv bei Block G8, Castor-Schottern, Dresden Nazifrei, Blockupy und vielen anderen Protestaktionen der Vergangenheit. Deshalb möchte ich diese Aktionsform etwas genauer anschauen: Die Massenblockade besteht aus drei Hauptpfrei-

Was ist Ende Gelände?

Ende-Gelände ist ein Bündnis, welches versuchen wird am Pfingstwochenende vom 13. – 16. Mai in einer zivilen Ungehorsams den Braunkohle-Tagebau von Vattenfall in der Lausitz (nahe Berlin) lahmzulegen. Menschen aus ganz Deutschland, aber auch aus vielen anderen europäischen Ländern haben sich bereits für das Wochenende angekündigt. Die gleiche Aktion fand schon 2015 erfolgreich statt und für dieses Jahr werden deshalb noch mehr Aktivist*innen erwartet. Zwischen dem 7. und dem 15. Mai werden auf fünf Kontinenten unter dem Motto „Keep it in the ground!“ viele tausend Menschen zivilen Ungehorsam gegen die ungebremste Ausbeutung fossiler Energien leisten.



lern: 1) Bündnisarbeit, 2) Massentauglichkeit und 3) Rechtswidrigkeit.

1) Bündnisarbeit

Breite Bündnisarbeit ist ein oft unterschätzter Faktor. Das Ende Gelände-Bündnis (siehe Box) beispielsweise besteht aus 52 Organisationen: Von der Antifa über ATTAC und die Animal Climate Action bis hin zur Grünen Jugend und Linksjugend [solid]. Dies erschwert es den Ordnungshütern, den Protest zu Kriminalisieren und hemmt die Einsatzkräfte in der Wahl ihrer Repression. Erreicht wird dieses breite Bündnis über einen offenen Aktionskonsens „mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten“, der verschiedene Aktionsformen zulässt.

2) Massentauglichkeit

Massenblockaden zeichnen sich dadurch aus, dass es von Anfang an nicht darum geht, mit einer kleinen, klandestinen Gruppe eine Aktion vorzubereiten und durchzuführen, sondern die Ziele und Mittel der Aktion offen über die Presse zu kommunizieren. Es wird auf den Schutz der Masse gesetzt und nicht auf den Schutz des Konspirativen. Dies schließt natürlich auf keinen Fall aus, dass gewisse Teile des Plans, Taktik und Route der einzelnen Finger beispielsweise, geheim gehalten werden.

3) Rechtswidrigkeit

Der Aspekt der Rechtswidrigkeit ist der wichtigste und trotzdem der am wenigsten Verstandene. Das Gesetz soll den Ausgangspunkt unserer Gesellschaft bilden, bürgerliche Theorien sprechen dem Gesellschaftsvertrag unglaubliche Fähigkeiten zu. Daher verwundert es auch nicht, dass innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu bleiben, eine Voraussetzung ist, um heute von der offiziellen Politik ernst genommen zu werden. Keine Partei fordert das Missachten eines Gesetzes, dies wäre politisch

nicht angemessen. Diese strikte Gesetzestreue ist sozusagen das Pendant zu der politischen Alternativlosigkeit, die uns gefangen hält. Oder wie Slavoj Žižek sagt: „Wer sich Hollywoodfilme anschaut, kann sich das Ende der Welt besser vorstellen, als das Ende des Kapitalismus“.

Welchen Ausweg gibt es aus diesem Dilemma? Schliessen wir den Kreis und gehen zurück zu unserer Betrachtung verschiedener Aktionsformen am Anfang. Was waren es für Gesetze, mit denen diese Bewegungen in Konflikt kamen? Ein Gesetz zur Salzherstellung, Gesetze zur Sitzplatzordnung in Bussen und ein Gesetz zum Campieren auf öffentlichen Plätzen. Man könnte meinen, es ging um nicht viel in diesen Beispielen, aber tatsächlich ging es um alles oder nichts.

In Selma stand nicht eine Sitzplanordnung zur Disposition, nein, hier akzeptierte die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung das Gesetz der Weissen nicht mehr, sie ignorierte es und übertrat es. Sie wartete nicht mehr auf Reformen oder Versprechungen, sondern sie widersetzte sich einem weissen Gesetzbuch, das nicht ihres war. Und auch in Indien widersetzte sich Gandhis Bewegung einem fremden Gesetz und stellte die eigenen Bedürfnisse und moralischen Ansprüche über das Gesetz der Queen.

Wenn wir also davon ausgehen, dass wir genug oft betrogen worden sind. Wenn wir davon ausgehen, dass auch im nächsten elektoralen Zyklus nicht viel mehr für uns rausspringen wird. Wenn wir davon ausgehen, dass schon viel zu viel Zeit verschwendet wurde und wenn wir davon ausgehen, dass das (über)Leben auf unserem Planeten über jeglicher Verfassung und jedem Gesetz steht, dann müssen wir aufstehen und unmissverständlich klar machen, dass wir nicht mehr warten wollen, dass wir genug haben von leeren Versprechungen und dass wir unser Schicksal nicht mehr in die Hände von Staatsführer*innen

und Eliten legen wollen.

Wir müssen klar und deutlich zeigen, dass Gesetze, die nicht dazu dienen, eine politische Wende herbeizusteuern, von uns ignoriert werden. Wir müssen den Kohleausstieg hier und jetzt in die eigenen Hände nehmen.

Die neu gefundene Form

Dies ist also die neu gefundene Form des Klimaprotests. Die Nichtanerkennung des Vorherrschenden, des Alternativlosen, die Nichtakzeptanz ihrer Gesetze, die nur da sind, um das Bestehende zu schützen. Diese Form des Protests reiht sich ein in alte Vorbilder, die im Zuge des verkündeten Endes der Geschichte an Einfluss verloren haben. Die Aktionsform galt als geschichtliches Relikt ohne politischen Wert. Das Ende der Geschichte war jedoch nur von kurzer Dauer, heute sehen wir auf der ganzen Welt Phänomene, die uns schwer daran zweifeln lassen: Globalisierung, Neoliberalismus, die Wirtschaftskrise 2009, der Umgang mit der griechischen Bevölkerung im Zuge der Krise, Krieg und Waffenexporte als legitimes Mittel der Aussenpolitik, Failed States als Normalität auf dem internationalen Bankett, die damit verbundenen flüchtenden Menschen und schlussendlich das Aufkommen hässlicher faschistischer Kräfte.

All dies sind Meilensteine im Prozess vieler junger und älterer Aktivist*innen, die immer klarer sehen, dass es nicht einfach darum geht, ein paar Stellschrauben zu richten, sondern den Kapitalismus radikal zu kritisieren und eine andere Gesellschaft aufzubauen, die auf Solidarität im Gegensatz zu Profitinteresse baut. Diese Bewegungen brauchen ihre eigenen Sprachen, sie brauchen ihre eigenen Aktionsformen.

Aus der Schweiz in die Lausitz?

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Aktivist*innen sollten sich daher nicht von Landesgrenzen einschränken lassen. Schon im Sommer 2015 waren 1000 Aktivist*innen aus 25 Ländern an der erfolgreichen Blockade von Tagebau Garzweiler II beteiligt. Nur durch das Lernen von unterschiedlichsten Bewegungen und durch unsere internationale Solidarität können wir die Macht der Kohle- und Erdölindustrie überwinden. Auch die Unternehmen sind international vernetzt, so kauft die Schweiz in Zukunft mehr Kohlestrom aus Deutschland und der Weiler in der Lausitz wird vom schwedischen Konzern Vattenfall betrieben. Eine nationale Fixierung macht in einem globalen Dorf kaum mehr Sinn.

Warum eine Bewegung für Sozialismus (BfS)?

Sozialismus neu denken!

Sich heute (noch oder wieder) als Sozialist*in zu bezeichnen scheint alles andere als selbstverständlich. Die schlechte Bilanz der "realsozialistischen" Staaten sowie die desaströse Politik sozialdemokratischer Parteien tragen zur allgemeinen Konfusion über die ursprünglichen Anliegen und Ideen des Sozialismus bei. Mit dem folgenden Text versuchen wir zu erklären, warum wir es dennoch für notwendig erachten, eine "Bewegung für den Sozialismus" aufzubauen.

Während weltweit Hunderte von Millionen Menschen nicht in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft, Sicherheit und Gesundheit zu decken, nehmen auch in grossen Teilen Europas Armut und Arbeitslosigkeit dramatisch zu. Und selbst in der reichen Schweiz müssen Hunderttausende einer Lohnarbeit nachgehen, ohne dabei ihre Lebenskosten decken zu können (working poor), leiden viele unter der zunehmenden Intensität der Arbeitswelt (Stresserkrankungen), werden Millionen Menschen rechtlich diskriminiert (Migrant_innen, Sans-Papiers).

Die aktuelle Gesellschaft, in der sich die herrschende Klasse auf Kosten der Lohnabhängigen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen weltweit bereichert, ist weder naturgegeben noch unumstösslich. Sie ist das Produkt eines historischen Prozesses, dessen Weiterentwicklung wir gemeinsam beeinflussen können. Wir, Aktivist*innen der Bewegung für Sozialismus, sind davon überzeugt, dass die kapitalistische Gesellschaft täglich zu Ungleichheit, Unterdrückung und Gewalt führt und deswegen überwunden werden muss. Armut, Umweltzerstörung, Sexismus, Rassismus und andere Diskriminierungsformen verstehen wir als Folge eines Systems, das seinen Ursprung in der Trennung der Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine (mehr oder wenige) besitzlose Mehrheit hat.

Widerstand zeichnet Konturen einer anderen Welt!

Deshalb beteiligen wir uns an den Mobilisierungen gegen den Kapitalismus (WEF, G8, OSZE usw.) und seine imperialistischen Kriege. Wir engagieren uns auch in antirassistischen Bewegungen und an den Universitäten. Wir unterstützen die Bemühungen all jener, die aktiv für die Forderungen, Interessen und Rechte der lohnabhängigen Menschen und aller Unterdrückten eintreten. Wir sind an der Basis der Gewerkschaften aktiv, wo wir die direkte Aktion der Lohnabhängigen (Mobilisierungen, Streiks usw.) fördern und unterstüt-

zen. Wir wollen durch kollektive Kämpfe die Ideen und Grundsätze einer anderen Gesellschaft entwickeln und zur Diskussion stellen. Wir wünschen uns eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die wirtschaftliche Produktion, die Kultur und die Wissenschaft die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen



und nicht dazu dienen, privaten Profit zu erzielen. Solange die Produktionsmittel (Fabriken, Büros, Institutionen) in den Händen des Kapitals verbleiben, wird stets das Streben nach Gewinnmaximierung Produktion und Arbeitsbedingungen bestimmen. Indem wir den Kapitalismus und seine Eigentumsverhältnisse als Ganzes kritisieren, stellen wir die innere Logik der aktuellen Verhältnisse ins Zentrum unserer Kritik, anstatt uns über "gierige Manager" aufzuregen oder gar Minderheiten unserer Gesellschaft (Sozialhilfebezügler*innen, Arbeitslose, Flüchtlinge usw.) als Sündenböcke herbeizuziehen.

Grüner Kapitalismus?

Die jüngsten ökonomischen, gesellschaftlichen und klimatischen Entwicklungen machen deutlich, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in der Lage ist, eine ökologisch "nachhaltige" Produktion und Konsumation zu organisieren. Enormer Ressourcenabbau, umweltfeindliche Industrie, Individualverkehr, industrielle Landwirtschaft und Viehzucht, verbunden mit einer auf die Bedürfnisse des Kapitals zugerichteten Lebensweise verunmöglichen eine ökologische Neuausrichtung des Kapitalismus. Schuld daran sind auch hier nicht in erster Linie die "un-

vernünftigen Konsumenten", sondern die Logik eines Systems, das auf Gedeih und Verderben auf Wachstum angewiesen ist.

Für echte Basisdemokratie

Wir wollen eine Gesellschaft, in der dank einer wirklichen Demokratie gemeinsam und unter Berücksichtigungen aller darüber entschieden wird, was, wie und für wen produziert wird; in der das Potential, das in der gesellschaftlichen Arbeit, in der Wissenschaft, der Technik und der Kunst steckt, der ganzen Menschheit zu Gute kommt. Wir streben eine Gesellschaft an, "in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Sozialismus neu denken, Kapitalismus überwinden!

Ist Sozialismus nicht ein veraltetes und autoritäres Konzept, das in Form des "Realsozialismus" längst gescheitert ist? Wir finden nicht! Sozialismus hat für uns nichts mit "Stalinismus" oder anderen autoritären Denkformen zu tun. Die Idee des revolutionären Sozialismus bedeutet für uns, sich in der Perspektive einer "Vergesellschaftung" oder einer "Kollektivierung" der Produktionsmittel für eine basisdemokratische und emanzipatorische Gesellschaft einzusetzen. Sozialismus bedeutet weder die Einzelherrschaft einer Partei noch die Unterdrückung Andersdenkender. Er ist ein Mittel, mit dem wir die kapitalistische Klassengesellschaft in eine klassenlose und selbstverwaltete Gesellschaft revolutionieren möchten.

Mitmachen!

Wenn du Interesse hast, an einem Treffen oder einer Veranstaltung der BfS teilzunehmen oder mehr Informationen möchtest, dann schreib uns:
BfS Zürich: info@bfs-zh.ch
BfS Jugend Zürich: jugend@bfs-zh.ch
BfS Basel: basel@sozialismus.ch
Weitere Infos unter sozialismus.ch

Agenda

Sommer, Sonne, Solidarität! Dieses Jahr in Katalonien!

Seit über 30 Jahren treffen sich im Rahmen des Sommercamps der Vierten Internationalen Jugendliche aus ganz Europa, um über Politik, Feminismus, Ökologie und Vieles mehr zu diskutieren!

Das Camp findet jedes Jahr in einem anderen Land statt und es kommen jeweils 500–600 junge Aktivist*innen und Interessierte aus über 20 Ländern zusammen, um sich politisch weiterzubilden, Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu festen. Im Camp gibt es jeden Tag ein spezifisches Thema (Krieg, Krise, Frauenbewegung, LGBTI, Umwelt etc.) und dazu finden Workshops und Diskussionen statt. Am Abend gibt es jeweils Partys. Falls du Interesse hast, melde dich einfach per Mail bei uns, damit wir die Hin- und Rückreise organisieren können!

Wann: 24. bis 30. Juli 2016 in Canoves (Barcelona)
Anmeldung: basel@sozialismus.ch

Das Andere Genf

Der Krieg in Syrien ist einer der brutalsten und verworrensten Kriege, die momentan auf der Welt geführt werden. In Genf finden seit 2012 erfolglose, von den USA und ihren Interessen geleitete "Friedensverhandlungen" statt. Diese Verhandlungen sind eine Farce. An der Gegenveranstaltung zu den offiziellen Verhandlungen, dem «Anderen Genf», nehmen Dutzende Aktivist*innen aus dem Nahen Osten und Europa teil. Die Veranstaltung wird von der BFS/MPS und den "Syrischen Frauen für Demokratie" organisiert.

Falls du an der Konferenz teilnehmen möchtest, kannst du dich gerne bei der BFS Basel anmelden. Wir werden gemeinsam die Hin- und Rückreise sowie die Unterkunft organisieren.

Wann: 27. und 28. Mai 2016
Wo: Universität Dufour, Genf

Veranstaltung zur Asylgesetzrevision in der Schweiz

Organisiert von der BFS Zürich. Am 5. Juni 2016 stimmen wir über eine erneute Asylgesetzrevision ab, welche zum Ziel hat, die Asylverfahren zu beschleunigen. Abgesehen von der SVP sind alle grossen Parteien für die Revision. Trotz des Neins der SVP setzt sich auch die BFS für ein – linkes – Nein zur Revision ein, da die Revision ein weiterer Angriff auf die Lebensbedingungen von asylsuchenden Menschen darstellt.

Wann: Dienstag, 3. Mai 2016
Mehr Infos: info@bfs-zh.ch

Ende Gelände! – Braunkohleabbau verhindern!

Der Abbau und das Verbrennen von Braunkohle ist ein wesentlicher Grund für die Klimaerwärmung. Eine breite Mobilisierung wird am Pfingstwochenende in einer Aktion zivilen Ungehorsams die Braunkohletagebaue des schwedischen Konzerns Vattenfall in der Lausitz (Brandenburg) lahmlegen. Menschen aus ganz Deutschland, aber auch aus vielen anderen europäischen Ländern haben sich bereits für das Wochenende angekündigt. Die BfS wird sich an den Protesten beteiligen und organisiert eine kollektive Anreise aus der Schweiz.

Wann: 13.–16. Mai 2016
Mehr Infos: basel@sozialismus.ch

Widerstand gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens

Diskussionsveranstaltung mit Bozena Domanska, Gewerkschafterin des VPOD und Angestellte im Spitex-Bereich; Matteo Pronzini, Aktivist der Bewegung für den Sozialismus (BFS); Peter Streckeisen, Soziologe der Universität Basel.

Im Zuge der allgemeinen Budgetkürzungen im öffentlichen Sektor wird auch im Gesundheitswesen kräftig gespart. Hinzu kommen verschiedene Privatisierungen von Spitälern und anderen Pflegebereichen. Die Folgen dieser neoliberalen Politik sind sowohl für die Angestellten als auch für die NutzerInnen spürbar. Bei den Lohnabhängigen führen Personalkürzungen und eine Intensivierung der Arbeit zu einer hohen Stressbelastung. Aber auch die NutzerInnen sind von einer Verschlechterung der Grundversorgung betroffen.

Mit dem Freihandelsabkommen TISA, das von der Schweiz und anderen Staaten im Geheimen verhandelt wird, würden diese Privatisierungen gefördert und nicht mehr rückgängig zu machen sein. Gemeinsam mit Betroffenen, Angestellten und AktivistInnen möchten wir über die Folgen dieser Gesundheitspolitik sprechen und versuchen, Perspektiven des Widerstandes zu entwickeln.

Wann: 19. Mai 2016 um 18.30 Uhr
Wo: Institut für Soziologie der Uni Basel, Petersgraben 27.